

Bauern in Bewegung

Von Vertretern landwirtschaftlicher Berufsorganisationen wird in letzter Zeit immer häufiger und nachdrücklicher die Klage vorgebracht, daß die westdeutsche Landwirtschaft im Schatten der industriewirtschaftlichen Konjunktur stehe. Zu großen Teilen befinde sie sich, so sagt man, sogar in einer ernsten Krise. Die amtlichen Zahlen der „volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung“¹⁾ besagen — was die Verwendungsseite des Sozialprodukts angeht —, daß die Ausgaben für den Kauf von Nahrungsmitteln zwischen 1949 und 1954 um etwa 45 vH (von 18,5 Milliarden DM auf 26,8 Milliarden DM) gestiegen sind. Diese Ausgabensteigerung geht nur zu einem Teil auf Preissteigerungen und auf eine Zunahme der Einfuhr von Agrarprodukten oder eine Erhöhung der Verarbeitungs- und Handelskosten zurück. Sie resultiert vielmehr wesentlich auch aus einer Steigerung des agraren Produktionsvolumens, und diese ist zweifellos von der industriewirtschaftlichen Konjunktur hervorgerufen worden. Insoweit hat die Landwirtschaft also vom allgemeinen Wirtschaftsaufschwung profitiert. Freilich ist im gleichen Zeitraum — was die Entstehungsseite des Sozialprodukts angeht — das Bruttosozialprodukt von 79,4 auf 145,3 Milliarden DM, also um 84 vH gestiegen. Somit weist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im ganzen das aus, was der Bauer, wenn er in die Großstadt kommt, unübersehbar empfindet: Der städtisch-industrielle Sektor hat einen Aufschwung genommen, hinter dem das platte Land und die Landwirtschaft — trotz des teilweise stürmisch verlaufenen Modernisierungsprozesses der letzten Jahre — weit zurückgeblieben erscheinen.

Hauptsächlich aus diesem Eindruck dürften sich jene Unruhe und jene Unlust erklären, die heute die landwirtschaftliche Bevölkerung schwächer oder stärker ergriffen haben und die sich in landwirtschaftlichen Massenversammlungen und in einer radikalen Sprache landwirtschaftlicher Berufsvertreter manifestieren.

Betrachtet man nun aber die konkreten Forderungen der Landwirtschaft, so scheint ein auffälliges Mißverhältnis zwischen ihrem sachlichen Gehalt und der Emphase zu bestehen, mit der sie vorgetragen werden. Da wird z. B. anstatt einer Subventionierung des Milchpreises eine „echte“ Milchpreisheraufsetzung verlangt (die offenbar die Konsumenten unmittelbar belasten soll). Der Ernährungsminister wurde von den Bauern sogar zum Rücktritt aufgefordert, weil das Bundeskabinett eine Subventionierung des Milchpreises vorgeschlagen hatte, obwohl sich diese für die Bauern fraglos günstiger auswirken würde als eine Preiserhöhung (denn letztere drosselt den Konsum). Da werden für die Landwirtschaft mit Eifer umsatzsteuerliche Vergünstigungen beantragt. Aber die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe, und zwar gerade diejenigen, die der Hilfe bedürften, zahlen ohnehin schon keine Umsatzsteuer. Und soweit landwirtschaftliche Betriebe Umsatzsteuer zahlen, kann eine Steuersenkung unzweifelhaft nur insoweit, wie sie den Eigenverbrauch von Agrarprodukten in der Landwirtschaft betrifft, eine unmittelbare Besserstellung der Landwirtschaft herbeiführen. Im wesentlichen käme die Steuersenkung den Konsumenten zugute. Da wird schließlich eine Senkung des Zolles für Dieselmotoren verlangt, eine durchaus berechtigte Forderung, aber zugleich eine solche von nur begrenzter Wirkung. Ein Beitrag zur Beseitigung einer Krise in der Landwirtschaft — wenn eine solche besteht — würde dadurch kaum zu leisten sein.

Man fragt sich, warum gerade diese Forderungen gestellt werden und wo die realen Gründe dafür liegen. Es nimmt nicht wunder, daß sich die öffentliche Meinung fast einmütig gegen solche unfundierte „Radikalität“ der bäuerlichen Berufsvertretung wendet. Die Landwirtschaft greift daraufhin ihrerseits andere Berufsgruppen an, wodurch sie sich neue Gegner schafft. Neuerdings ist es bei einigen landwirtschaftlichen Zeitungen zur

1) Stat. Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1954, S. 506/8.

Regel geworden, vor allem gegen die Gewerkschaften zu polemisieren. Die Lohnforderungen der Industriegewerkschaften werden als die Landwirtschaft irgendwie unmittelbar schädigend und der DGB wird als ein besonderes Übel im westdeutschen Staate hingestellt. Dabei ist sich die Fachwelt längst darüber einig, daß die industrielle Konjunktur die Basis für eine Agrarkonjunktur ist, daß eine Zunahme der Masseneinkommen (die unbestreitbar durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften mit herbeigeführt worden ist) sich unmittelbar in eine Steigerung der Nachfrage nach Agrarprodukten umsetzt, also der Landwirtschaft zugute kommt. Man kann sogar ohne Überspitzung sagen, daß die Lage der Landwirtschaft in Westdeutschland heute wirklich schlecht wäre, wenn nicht eine erhebliche Steigerung der Masseneinkommen erfolgt wäre.

Die Situation, in die sich die Bauern hineingeredet haben oder in die sie sich haben hineinreden lassen, ist also einigermaßen paradox. Sowohl hinsichtlich der sachlichen Forderungen und Begründungen als hinsichtlich der angegriffenen Gruppen ist die Frontstellung unwirklich, schief oder gar falsch. Dennoch kann das entstandene Problem nicht einfach als geringfügig abgetan werden. Hier scheint sich vielmehr aus einer bestimmten ökonomischen Situation ein Ressentiment herausgebildet zu haben, das nicht ungefährliche politische Entwicklungen zur Folge haben kann. Ob die Demokratie, die in Westdeutschland leider immer noch mehr Gast- als wirkliches Heimatrecht zu haben scheint, bereits starken politischen Belastungen gewachsen ist, muß bezweifelt werden. Sicher ist es kein Zufall, daß im Zusammenhang mit den landwirtschaftlichen Protestaktionen wieder Namen aufgetaucht sind, die man noch vor wenigen Jahren als für alle Zeiten durch das Nazi-Regime kompromittiert glaubte. Es dürfte auch falsch sein, anzunehmen, daß die Kirchen auf das Landvolk mäßigend einwirken könnten und keine Radikalisierung aufkommen ließen. Es ist an sich schon nicht Aufgabe der Kirchen, politische Aktivität zu entfalten, und die vorliegenden Erfahrungen berechtigen zu der Annahme, daß sich die Kirchen in einer Zeit der politischen Krise nicht eindeutig gegen radikale Gruppen und Systeme politisch festlegen würden.

Es liegt ein allgemeines Interesse daran vor, die vorgebrachten Beschwerdegründe der Landwirtschaft auszuräumen und sich anbahnende politische Fehlentwicklungen zu bannen. Das wird allerdings kaum dadurch möglich sein, daß man der Landwirtschaft nachweist, die von ihr vorgebrachten Forderungen seien wenig zweckbezogen oder deplaciert und ihr Amoklauf gegen die öffentliche Meinung bringe ihr auf jeden Fall mehr Schaden als Nutzen. Die Beschwerden der Landwirtschaft haben sicher einen ökonomischen Grund. Es kommt daher zunächst darauf an, die ökonomische Ursache der landwirtschaftlichen Mißstimmung zu finden.

Dabei können die Erkenntnisse der modernen nationalökonomischen Forschung, wie sie insbesondere durch die Arbeiten von *Fourastie*²⁾ in einem geschlossenen, statistisch bestens unterbauten System vorliegen, eine große Hilfe sein. Der Franzose Fourastie baut auf einem ökonomischen Gesetz auf, das von dem deutschen Statistiker *Engel* (1821—1896) gefunden worden ist und dem die Tatsache zugrunde liegt, daß der Mensch bestimmten physischen Gegebenheiten und psychischen Neigungen entsprechend bestimmte wirtschaftliche Bedürfnisse hat. Das Engelsche Gesetz umreißt die Rangordnung dieser Bedürfnisse. So wies Engel z. B. nach, daß bei steigendem Güterangebot die Nachfrage nach Nahrungsmitteln (relativ) sinkt. Der einfache Grund dafür ist, daß das Aufnahmevermögen des Menschen für Nahrungsmittel physiologisch begrenzt ist. Fourastie hat nun überzeugend herausgestellt, daß der Motor des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses der technische Fortschritt ist; doch wird dieser Motor selbst gleichsam

2) Jean Fourastié: „Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts“, Bund-Verlag, Köln 1955.

gesteuert durch die — mit technischem Fortschritt und steigender Güterproduktion — eintretenden Verschiebungen in der Nachfrage, die in Verschiebungen der Preise und Preisrelationen zum Ausdruck kommen.

Fourastie weist nach, daß die landwirtschaftliche Produktion — als sogenannte primäre Produktion — in der Industriegesellschaft unter dem Gesetz der relativ abnehmenden Nachfrage steht. Die Landwirtschaft ist daher ein Wirtschaftszweig, der in einer entwickelten Gesellschaft mehr um seine Behauptung zu kämpfen hat, als daß er — wie z. B. Bereiche der industriellen (sekundären) Produktion oder der Dienstleistungsgewerbe (tertiäre Produktion) — noch besondere Expansionschancen hätte. Dennoch tendiert die Landwirtschaft — wie übrigens auch andere Wirtschaftszweige — stark dahin, ihre Produktionskapazität zu steigern, und zwar — wie sich in der Weltagrarkrise von 1929/34 ganz deutlich gezeigt hat — gerade dann, wenn die Nachfrage nach Agrarprodukten nicht wesentlich zunimmt. Wenn nun die Agrarpreise in einer sich entwickelnden Gesellschaft nicht steigen können, müssen sie unzweifelhaft fallen, sobald über die Nachfrage hinaus produziert wird. Dann wird die Lage der Landwirtschaft kritisch. Es tauchen die bekannten „Überschüsse“ auf, d. h. Mengen von Agrarprodukten, die mit großen Risiken und Verlusten aus dem Markt herausgenommen werden. Erfahrungsgemäß sinken die Agrarpreise trotz aller Marktstützungsversuche. Es öffnet sich die sogenannte „Agrarpreisschere“: Die Agrarpreise kommen unterhalb der Preise der agraren Kostengüter zu liegen.

Die notwendige Abstimmung des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens auf eine etwa stagnierende Nachfrage wird gewöhnlich auch dadurch verzögert, daß sich der Bauer — aus sehr naheliegenden Gründen — nicht leicht entschließt, die Produktion in seinem Grenzbetrieb — also unter unrentablen Bedingungen — einzustellen und in eine Tätigkeit im städtischen Bereich überzuwechseln. Für ihn ist dieses Hinüberwechseln mit viel größeren Umstellungen und Schwierigkeiten verbunden, als etwa für einen mittelständischen Unternehmer des städtischen Bereichs, der aus strukturellen Gründen auskonkurriert wird. Daher entsteht im Agrarsektor leicht ein Überbesatz mit Arbeitskräften. Dies führt im bäuerlichen Bereich zu relativ niedrigen Je-Kopf-Einkommen. Im Bereich der größeren — auf Fremdarbeitskräfte angewiesenen — Betriebe ergibt sich dann der von den Landwirten gewöhnlich stark beklagte „Arbeitskräftemangel“: es bieten sich hier Arbeitskräfte nur noch zu Löhnen an, die in etwa den höheren im städtischen Bereich gezahlten Löhnen entsprechen. Diese Löhne können — bei sinkenden Preisen — natürlich nur schwer gezahlt werden.

Es sind also verschiedene Ausdrucksformen, in denen eine kritische Situation der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft in Erscheinung tritt. Sie lassen sich jedoch sämtlich auf *eine* Ursache zurückführen, nämlich die Tatsache, daß die Agrarproduktion die Tendenz hat, zuzunehmen, während die *Nachfrage* nach Agrarprodukten relativ zurückgeht und absolut mir schwach zunimmt oder gar stagniert.

Eine solche Spannung besteht zur Zeit auch in Westdeutschland. Freilich ist sie noch nicht sehr bedeutend. Hierzulande kam es in den letzten Jahren zu einer so starken Zunahme der Kaufkraft, daß auch die Nachfrage nach Agrarprodukten (absolut) noch beträchtlich zunehmen konnte. Immerhin ist aber das Problem gestellt, und es gewinnt an Schärfe dadurch, daß das agrare Produktionsvolumen auch in Westdeutschland dahin tendiert, stetig zu steigen.

Man wird durchaus sagen können, daß im landwirtschaftlichen Bereich eine strukturelle Krise vorhanden ist. Sie betrifft allerdings keineswegs alle Betriebe, aber immerhin eine verhältnismäßig große Anzahl von Marginal-Betrieben — nämlich die vielen Kleinbetriebe in ungünstigen natürlichen Wirtschaftsverhältnissen. Es ist nun kein Wun-

der, daß in einem demokratisch-freiheitlichen Gesellschaftssystem, wie dem westdeutschen, sich die zutage tretenden ökonomischen Schwierigkeiten in Protesten niederschlagen, die an die Regierungsinstanzen gerichtet werden. Regierung und Parlament haben sich der landwirtschaftlichen Klagen angenommen und die Probleme der Agrarwirtschaft — wie z. B. in der Debatte um das Paritätsgesetz des vorigen Jahres — breit diskutiert. Aber unglücklicherweise scheint in der Landwirtschaft die Meinung entstanden zu sein, daß Regierung und Parlament in der Lage seien, eine große Wende herbeizuführen.

Es ist zwar leicht, mit Hilfe gegriffener „kalkulatorischer Posten“, wie sie das Landwirtschaftsgesetz von 1954 vorsieht — etwa für die Verzinsung des „betriebsnotwendigen“ landwirtschaftlichen Kapitals oder für einen „Lohnanspruch“ der Familienarbeitskräfte und des Betriebsleiters — Milliarden-„Defizite“ der Landwirtschaft zu berechnen. Aber praktisch besteht kaum eine Möglichkeit, mit den Mitteln der „Handels-, Steuer-, Kredit- und Preispolitik“ — wie es das Gesetz will — ein solches Defizit auszugleichen. Es ist einfach nicht wahr, daß man z. B. durch Verstärkung des Zollschatzes die Agrareinfuhr noch wesentlich drosseln kann, wie immer wieder behauptet wird. Einmal macht dabei erfahrungsgemäß die nicht-landwirtschaftliche Majorität nicht mit, zum anderen stehen bei einer Gesamteinfuhr von Agrarprodukten (1954) von etwa 7 Milliarden DM nur Einfuhren im Werte von etwa 1 Milliarde DM in tatsächlicher Konkurrenz zur agraren Inlandsproduktion. Gerade hier ist aber die heimische Landwirtschaft durch Kontingente, Zölle, Mindestpreisabkommen usw. bereits weitestgehend geschützt. Ähnliches gilt hinsichtlich der steuerlichen Entlastung der Landwirtschaft. Der allergrößte Teil der Grenzbetriebe zahlt ohnehin z. B. so geringe Einkommensteuer, daß selbst eine völlige Niederschlagung der Einkommensteuer keine bedeutende Hilfe bringen könnte. Die Trinkmilchpreiserhöhung, die im Mittelpunkt der landwirtschaftlichen Forderungen steht, bedeutet für die Kleinbetriebe — und gerade oder nur diese sind in schlechter Lage — bei Milchlieferungen von vielleicht 10 Liter je Tag eine Mehreinnahme von 10 Pfennig täglich oder den Wert einer Zigarette. Denn eine Trinkmilchpreiserhöhung von 4 Pfennig bringt für den Erzeuger bestenfalls einen Pfennig Mehrerlös je Liter abgelieferte Milch.

Es ist eine verbreitete Illusion, daß man durch „wirtschaftspolitische Eingriffe“ dauerhafte und wesentliche Korrekturen an der wirtschaftlichen Entwicklung vornehmen könne. Eine genaue Betrachtung dessen, was man in dieser Hinsicht bereits versucht hat, lehrt eindeutig, daß der Interventionismus oft ohne wirklichen Nutzeffekt bleibt, zum mindesten nicht das erreicht wird und werden kann, was erreicht werden soll³⁾.

Man kann wohl Zölle heraufsetzen, aber die Erfahrung lehrt, daß sich das Preis- und Kostenniveau auf lange Sicht so auf die Zollsätze einspielt, daß der beabsichtigte Schutz der Inlandsproduktion nicht verwirklicht wird. Das beste Beispiel dafür ist die Politik des Agrarschutzes, die — obwohl der Zollschatz in jahrzehntelanger Entwicklung immer mehr vervollkommenet wurde — *nicht* dazu geführt hat, daß eine Agrareinfuhr unterblieb. Man kann Preise auch durch Anordnungen hinaufschrauben. Der Konsum reagiert darauf aber unweigerlich so, daß die höheren Preise die Lage der Produzenten nicht bessern. Man kann Subventionen zahlen, aber die Subvention — die bei einem von den Produzenten als zu niedrig angesehenen Preisstand gegeben wird — regt die Produktion an, wo diese ohnehin schon zu groß ist, und schafft neue, größere Schwierigkeiten, wie das Beispiel der Preisstützung in den USA zeigt. Die landläufig angewendeten oder geforderten Maßnahmen, mit denen der Landwirtschaft geholfen werden soll, laufen allesamt darauf hinaus, daß sie die Produktion stimulieren. Sie erschweren damit die notwendige Abstimmung von Angebot und Nachfrage.

3) Ulrich Teichmann, Die Politik der Agrarpreisstützung, eine wirtschaftspolitische und -historische Studie, Bund-Verlag, Köln 1955.

Allerdings ist die Nachfrage keine feste Größe. Auch die Nachfrage nach Agrarprodukten steigt — wie oben erwähnt — mit dem Wachstum des Sozialproduktes. Deshalb ist Vollbeschäftigungspolitik die beste Agrarpolitik, wie *Walter P. Reuther* in einer großartigen Rede zur Agrarfrage vor dem Landwirtschaftsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses dargelegt hat⁴). In dem durch eine bestimmte Größe des Sozialproduktes gegebenen Rahmen kann eine Besserung der Lage der Landwirtschaft nur durch Rationalisierung erreicht werden. Dabei muß solche Rationalisierung sich vor allem auf den Einsatz der Arbeitskräfte erstrecken. Die Effizienz der Arbeit muß steigen. Es können und müssen dann überschüssige Arbeitskräfte vom Lande abwandern, und zwar so lange, bis Einkommensparität zwischen Land und Stadt hergestellt ist.

Der *Lübke-Plan* zielt im wesentlichen auf eine solche Rationalisierung durch Betriebszusammenlegung, Flurbereinigung, Abzug von überschüssigen Arbeitskräften usw. ab. Durch agrarpolitische Maßnahmen will man hier letzten Endes nur eine sich von allein anbahnende Entwicklung beschleunigen. Man will nicht gegen den mächtigen Strom der ökonomischen Entwicklung schwimmen, was ohnehin zwecklos ist, früher aber jahrzehntlang, wenn auch ohne dauerhaften Erfolg, versucht wurde. Daß die Entwicklung in der gekennzeichneten Richtung verläuft, zeigen u. a. die Zahlen über die Abwanderung aus der landwirtschaftlichen Arbeit. In Schleswig-Holstein ist die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter zwischen 1950 und 1955 um 20 vH zurückgegangen. Diese „Landflucht“, und nur diese allein, hilft das Agrarproblem lösen. Aber offenbar war in Westdeutschland die Verringerung der Beschäftigtenzahl noch nicht groß genug. So sind die landwirtschaftlichen Einkommen vergleichsweise wenig gestiegen. Dies ist zum Anlaß für die im Bauerntum entstandene Bewegung geworden.

Die Landwirtschaft will dem Bundesernährungsminister auf dem ihr gewiesenen Weg anscheinend nicht folgen. „Rationalisierung“ sei ein abgedroschenes Schlagwort, so wird mitunter gesagt. Nicht im betrieblichen sondern im volkswirtschaftlichen Rahmen sollen „die großen Mittel“ eingesetzt werden. So diskutiert sich die Landwirtschaft in einen Gegensatz zu den ökonomischen Tatsachen und Möglichkeiten hinein. Damit droht bei einem ganzen Berufsstand eine Verhärtung, ein Komplex, zu entstehen, der sich möglicherweise im politischen Raum abreagieren wird. Nun stellt aber die Landwirtschaft auch gegenüber der Industrie — zwar vielleicht nicht ihrer Finanzkraft, aber doch dem politischen Gewicht nach — einen keineswegs unbedeutenden Wirtschaftszweig dar. Es geht daher wohl nicht an, zu sagen, man möge diesen Wirtschaftszweig einem Prozeß der Selbstheilung überlassen und das bestehende Problem tunlichst ignorieren.

Was aber ist zu tun, wenn diese Strukturkrise, die übrigens keineswegs allein in Westdeutschland besteht, durch interventionistische Maßnahmen nicht beseitigt, wenn mit Mitteln der Wirtschaftspolitik nur eine schwache Linderung der Anpassungsschwierigkeiten bewirkt werden kann? Die Antwort findet sich leicht, wenn man sich im klaren darüber ist, daß es in erster Linie psychologische Schwierigkeiten sind, die bewältigt werden müssen. Die Heilmethode liegt — um medizinische Begriffe zu gebrauchen — mehr auf dem Gebiete der Psychotherapie als der Chirurgie. Dies mag seltsam klingen für denjenigen, der an die Wunderwirkungen von Zöllen, Preisfestsetzungen und Warenhortungen glaubt. Tatsache aber ist, daß Wirtschaftspolitik — wie alle Politik — viel mehr mit Psychologie zu tun hat, als man gemeinhin annimmt.

Es kömmt zunächst darauf an, die Bauernschaft aus der Isolierung, in die sie hineingeraten ist und in die sie sich hineinmanövriert hat, herauszuholen. Bei den Bauern

4) „The Power of Abundance — CIO views on the farm problem, Testimony of Walter P. Reuther, President, Congress of Industrial Organizations, before the House Committee of Agriculture, Febr. 25, 1955“, Washington 1955.

darf nicht das Gefühl aufkommen, daß sie die Parias der Industriegesellschaft, minderen Rechts und minderachtet seien. Sie müssen wissen, daß sie im Rahmen der ökonomischen Möglichkeiten als ein notwendiges Glied einer freien Gesellschaft in einer demokratischen Ordnung leben können. Es geht darum, das bestehende ökonomische Problem bewußt zu machen. Dabei muß zwar zuvor ein ganzer Wust romantischer und unwirklicher Vorstellungen ausgeräumt werden, der eine Lösung der Agrarfrage durch die Bauern selbst bisher wesentlich behindert hat. Das Agrarproblem muß zu einer Angelegenheit der Gesamtheit gemacht werden. Der ökonomische Entwicklungstrend und die Notwendigkeit, sich an diesen anzupassen, müssen immer wieder herausgestellt werden. Vielleicht sehen dann die Bauern die Entwicklung, in die die Landwirtschaft hineingestellt ist, nicht als ein Verhängnis an, sondern als einen Prozeß, der zu bejahen ist, weil nur er und nicht papierene Erklärungen die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Landwirtschaft herbeiführen kann. Damit wäre Entscheidendes erreicht. Das übrige, das Materielle, dürfte sich — wie schon bisher — von selbst ergeben, zum mindesten solange annähernd Vollbeschäftigung besteht. Wenn die Industrie, indem sie höhere Löhne bietet, Arbeitskräfte vom Lande absaugt, hat sie schon den wesentlichsten Teil zur Gleichstellung des Landlchnes mit dem Stadtlohn geleistet. Das noch Fehlende kann der Lübke-Plan bewirken, für den ja in den Bundeshaushalt erhebliche Mittel eingestellt sind.

Die Parallelen, die sich heute zu den Jahren vor 1933 auftun, sind immer wieder erschreckend. Obwohl der Güterausstoß einen neuen Rekordstand erreicht hat und die Güterversorgung — auch für die Bauern — zwar weder ideal noch optimal, aber immerhin wesentlich besser ist, als sie es in einem Zwangssystem je sein würde — der Wahrheitsbeweis für diese Behauptung kann heute glücklicherweise leicht erbracht werden —, scheint dennoch mancher bereit zu sein, auf politische und ökonomische Experimente zuzusteuern, die nur in der Knechtschaft enden können.

Gerade im Bauerntum, das in Deutschland bis vor noch nicht langer Zeit im Rahmen feudalistischer Ordnungen weitgehend unterdrückt und bevormundet worden war, müßte der Wert der Freiheit eigentlich mehr erkannt und gewürdigt werden, als es anscheinend der Fall ist. Wie anders als in einer demokratischen Ordnung kann im modernen Industriestaat ein freies Bauerntum überhaupt existieren? Aber die jetzt beim Landvolk oder manchen seiner Führer zum Ausdruck kommende Ungeduld, Unsachlichkeit und Radikalität stellt — ob absichtlich und bewußt oder nicht, kann dahingestellt bleiben — auch die Demokratie in Frage. In jeder Gesellschaft gibt es Spannungen und Interessengegensätze; sie sind natürlicher Ausdruck gesellschaftlicher Entwicklung. Gerade in einer Demokratie, in der die Meinungen und Interessen nicht einfach gleichgeschaltet sind, wird es den Bauern niemand verwehren, ihre Interessen anzumelden und, soweit es ihnen möglich ist, durchzusetzen.

Aber es sieht so aus, als wollten sich die Bauern von der bestehenden Gesellschaftsordnung überhaupt abwenden, als ob an die Stelle von Spannungen der Bruch mit dem Bestehenden treten sollte. Daß dergleichen in dem derzeitigen Streben der Bauernschaft eingeschlossen ist, zeigt die immer stärker werdende Befehdung der Gewerkschaften. Gewiß mögen die Bauern die Gewerkschaften als Konsumentenvertretung und damit als ihren Interessengegner sehen. Aber sie verkennen offenbar, daß die Gewerkschaften für sie ein wichtiger Partner sind bei der Gestaltung und Erhaltung der Demokratie, als einer Einrichtung, die versucht, auch den wirtschaftlich Schwachen — und zu denen kann sich die große Masse der Bauern sicher rechnen — Recht werden zu lassen.